

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis
für ein Vierteljahr 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.

Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postanstalten
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Rheinl. Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 12ten Monat
bei Courant & 54 Pf.

Inserate
betr. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Feste pro
Zeile 10 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.

Verlagsgesellschaft.
Herausgeber: Dr. Hermann
Ludwig, 134 Eldridge Str.
Verlagsort: New York, 620 North
3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Verleger N. J.: J. A. Sorge, 213 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Sauerbrey, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: J. Bell, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. G. G. New Str.
Golden Square.

Nr. 87.

Freitag, 27. Juli.

1877.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für Monat August u. Septbr. zu 1,10 werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Fürbergstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarndorf, Reudnitz, Reuschensfeld u. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Gonnwitz u. bei Sadert, Kurze Str. 10 part., für Kleinschöcher u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für Schönberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, Reudnitz bei Bichau, 15 I, für Plagwitz-Lindenau bei Frau Grafenstein, Aureliustr. 3, für Gohlis u. bei A. Hermisdorf, Bindenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Fernst. wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege.

III.

Die Stellung unserer Partei zur Frage der öffentlichen Gesundheitspflege ist sehr leicht präzisirt. Der Sozialismus, welcher auf allen Gebieten die gründliche Heilung der zu Tag getretenen und tretenden Uebel anstrebt, begnügt sich nicht mit Palliativmitteln, die höchstens vorübergehend eine äußerliche Scheinbesserung hervorbringen und die krankhaften Erscheinungen mehr oder weniger zurückdrängen: er geht darauf aus, die Ursachen zu beseitigen, wissend, daß (nach dem Satz *causa cessat effectus*) mit der Ursache, wenn auch nicht sofort, doch mit unfehlbarer Gewißheit die Wirkung verschwinden muß.

Man hat gesagt: was die Verbrechen im moralischen Leben sind, das sind die Krankheiten im physischen Leben. Sehr wahr. Und wie die Verbrechen nur dadurch aus der Welt zu schaffen sind, daß man die Ursachen der Verbrechen aus der Welt schafft, genau so die Krankheiten. Nur ein oberflächlicher, geschulten Denkens ungewohnter oder überhaupt denkfähiger Kopf, der von dem ursächlichen Zusammenhang der Dinge keinen Begriff hat, kann sich einbilden, durch Strafgesetzbücher und Strafen die Welt von den Verbrechen zu erlösen, oder den Strom der Verbrechen selbst nur einzudämmen. Was, um bei der Parallele zu bleiben, dem Verbrechen gegenüber die Strafgesetzbücher und die Strafen, das sind den Krankheiten gegenüber die medizinischen Arzneibücher und die Arznei-Mitteln. Quacksalberei — im besten Fall, jämmerliche Nothbehelfe. Jedes Ding, lehrt die Vernunft, muß seine Ursache haben, seinen zureichenden Grund. Gut: die Ursachen des Verbrechens — das wissen heute sogar alle halbwegs intelligenten „Fachmänner“: Criminalisten und Gefängnisdirektoren — sind entweder in körperlichen Mißbildungen oder in gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Entweder hat der sogenannte „Verbrecher“ ein anomales Hirn u. s. o. — und das gilt von der ungeheuren Mehrzahl der „Verbrecher“ — er ist durch schlechtes Beispiel, schlechte Erziehung, Noth u. s. w. zum Verbrecher gemacht worden. Im ersten Fall gehört er in eine Heilanstalt, im zweiten ist er es nicht, sondern die Gesellschaft, welche auf die Anklagebank gehört. Weg mit den Ursachen des Verbrechens! Weg mit gesellschaftlichen Einrichtungen, welche den Menschen in Lagen bringen, in denen er mit absoluter Nothwendigkeit zum Verbrecher werden muß. Wer die verbrechenerzeugenden Einflüsse der heutigen Gesellschaft aufrecht erhält und das Verbrechen durch Strafen ausrotten will, schöpft mit einem Fingerhut aus einer Mißpflanze, in welche die Jauche fortwährend ungehindert einströmt. Und — der Fingerhut, mit dem er schöpft, hat obendrein „ein Loch“, das bischen Jauche, das aus der Pfäde geholt worden, läuft wieder fort und wird erst recht saute Gesellschafts-Jauche.

Just so ist's mit den Krankheiten. Jede Krankheit ist die Folge naturwidriger, gesundheitschädlicher Lebensbedingungen, in denen das erkrankte Individuum oder — wo das Uebel auf Vererbung zurückzuführen ist — dessen Eltern oder Vorfahren sich befinden oder befunden haben. Das steht fest und wird von keinem Mediziner bestritten. Aus dieser Thatsache ergibt sich mit zwingender Logik, daß, um die Krankheit zu beseitigen, jene naturwidrigen, gesundheitschädlichen Lebensbedingungen gehoben werden müssen, welche die Krankheit erzeugt haben und erzeugen. Zu dieser Erkenntnis ist die moderne Heilkunde gelangt. Sie ist sich klar geworden, daß das „Kuriren“ von Krankheiten, deren Ursachen fortbauern, ein sinnloses Unternehmen ist; daß die, um uns so auszudrücken, mechanische Kur von Krankheiten durch gewaltsam wirkende „Medizin“ dem menschlichen Organismus nur schaden kann; — und sie erblickt daher ihre Hauptaufgabe in der Beseitigung der Krankheitsursachen.

Daß deren Beseitigung möglich, ist durch Wissenschaft und Erfahrung bewiesen. Die Erfolge, welche man in England durch Trodenlegung von Sämpfen, Drainirung des Baubodens, Verbesserung der Häuser mit reinem Wasser, baupolizeiliche Vorschriften über den Luftinhalt und die Ventilation der Wohnräume u. s. w. erzielt hat, müssen auch den Skeptikern (Zweifelsüchtigen) zu der Ueberzeugung (Dr. Simon's, des Leiters des englischen „Gesundheitsamts“ (Board of Health) bes. Leiters, daß es in der Macht der Gesellschaft ist, den Tod, außer an Altersschwäche, zu verhüten. Mit anderen Worten die

Krankheiten und den Tod durch Krankheiten abzuschaffen.

Die öffentliche Gesundheitspflege befindet sich aber selbst da, wo sie am meisten ausgebildet ist, noch in den Kinderschuhen. Sie streift selbst da eigentlich bloß an ihre Aufgabe an. Am Traurigsten — sämtliche „Kulturstaaten“ neben einander gehalten — dürfte es wohl in unserem Vaterlande bestellt sein. Im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ scheint man von öffentlicher Gesundheitspflege kaum eine Ahnung zu haben, wenigstens ist bis jetzt auf diesem Gebiet so gut wie nichts geschehen. Wenn wir Vergleiche mit England anstellen, muß uns wahrhaftig die Schamröthe ins Gesicht steigen. Miserable Bauordnungen, schmutzige Straßen, in der Reichshauptstadt offene Kloaken — kurz Standalöse, theils aus Unwissenheit, theils aus stumpfsinniger Gleichgültigkeit zu erklärende Vernachlässigung der einfachsten hygienischen Regeln. Das „Reichsgesundheitsamt“ — daß Gott sich erbarm! — ist bis dato bloß ein Titel ohne Buch — es hat vielleicht gute Absichten, aber gewiß kein Geld. Die Kasernen verschlingen zu viel und das Militär. Und durch die Kasernen und das Militär sind wir ja die „große Nation!“ Nun — die brave Engländerin Miss Nightingale, der Hospitalengel des Krimkriegs, sagte einmal: „Der Mann, welcher den Menschen begreiflich macht, daß man in den Wohn- und Schlafzimmern bei Tag und bei Nacht frische Luft haben muß, verdient eher ein Denkmal, als alle großen Helden und Staatsmänner der Welt zusammen genommen.“ Die Zeit wird kommen, wo alle Menschen so denken werden, wie Miss Nightingale.

So viel indeß in Bezug auf Gesundheitspflege durch Nachlässigkeit und grobe Unwissenheit gesündigt wird, das Haupthinderniß liegt in der heutigen Gesellschaftsordnung. Gleich den Verbrechen sind die Krankheiten in weitest den meisten Fällen direkt oder indirekt auf gesellschaftliche Mißstände zurückzuführen. Unsere Statistik, so mangelhaft sie ist, spricht über diesen Punkt doch deutlich genug. Die Sterblichkeits-Tabellen der verschiedenen Berufsklassen zeigen uns die tödlichen Einflüsse der kapitalistischen Industrie. Ohne eine Umgestaltung der herrschenden Produktionsweise kann von einer vollständigen Beseitigung dieser Einflüsse und ihrer Wirkungen: der Berufskrankheiten nicht die Rede sein.

Und die heutige Art der Werthvertheilung ist nicht minder gemeinschädlich und gesundheitschädlich als die heutige Art der Wertherzeugung. Die gerade in jüngster Zeit sich massenhaft häufenden Beschwerden über Lebensmittelverfälschung legen Zeugniß hierfür ab.

Es bedarf einer Umgestaltung des ganzen Handels, Groß- wie Kleinhandels, um der Lebensmittel, überhaupt der Waaren-Verfälschung zu steuern. Gegenwärtig hat der Händler ein Interesse, zu verfälschen; außerdem treibt den Kleinräuber die Konkurrenz dazu: er kann die Waaren nicht so billig liefern, wie der mit größerem Kapital „arbeitende“ Kaufmann — meugt wohlfeilerer Bestandtheile bei, er verfälscht. Und in Millionen von Fällen ist die Verfälschung Vergiftung, treibt der Lebensmittelverfälscher Giftmischeri. Befehle, und seien es die strengsten, können unter den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen das Uebel nur mildern — es ausrotten nimmermehr.

Erst nachdem die gesellschaftlichen Funktionen der Waaren-erzeugung und Waarenvertheilung vernünftig geregelt und die Privatinteressen mit dem Gemeininteresse in Harmonie gebracht sind, wird die Verwilderung der Menschheit durch Berufskrankheiten und Lebensmittelverfälschung aufhören.

Die Impfsfrage wirft augenblicklich viel Staub auf. „Impfstreumde“ und „Impfgegner“ lassen kein gutes Haar aneinander; Jenes ist die Nymphe der segenspendendsten Heilstoffe, Dieses das ekelhafteste und gefährlichste Gift — in einem Punkt stimmen aber die beiden kämpfenden Parteien überein: daß die Krankheit, der durch die Impfung vorgebeugt werden soll, nicht entstehen kann, wenn die Menschen in geräumigen, ordentlich gelüfteten Wohnungen leben, in sanitätlich gut eingerichteten Räumen arbeiten, sich körperlich rein halten, stets der Bitterung gemäß gekeult sind, bei Kälte nach Bedarf heizen können und regelmäßig gesunde Nahrung zu sich nehmen — Vermeidung von Erzfessen als selbstverständlich vorausgesetzt.

Und nicht bloß die Pocken, auch andere Krankheiten wären dann unmöglich.

Allein wie viele Menschen sind denn gegenwärtig im Stande, gut zu wohnen, sich gut zu nähren, zu kleiden u. s. w.? Wie viele? Eine winzige Minorität. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung ist durch ihre elende ökonomische Lage zur Krankheit, zu Siechthum und frühem Tod verurtheilt.

Kurz, die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege ist im eminentesten Sinne ein Stück der großen sozialen Frage und kann durchgreifend nur mit dieser gelöst werden.

Eine Gesellschaftsordnung, innerhalb deren ein bekannter englischer Arzt neulich das Wort aussprechen konnte: „Es ist eine traurige Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit, daß heutzutage das Zuchthaus die einzige, den dringendsten sanitätlichen Bedürfnissen entsprechende Wohnung des Volkes ist.“ kann auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege bloß Pfscharbeit liefern.

Gründliche Arbeit wird und kann erst der Sozialismus liefern.

Der Sozialismus ist der beste, ist der einzige Arzt. Was kein anderer Arzt vermocht hat und je vermögen wird: der Sozialismus wird durch Abschaffung der Krankheitsursachen die Krankheiten abschaffen.

Und bis der sozialistische Staat kommt, sollen wir ruhig die

Hände in den Schooß legen? Um die Frage der öffentlichen Gesundheitspflege uns nicht kümmern.

Mit Nichtem.
In so weit wir — in der Presse und durch die Thätigkeit unserer Reichstagsabgeordneten — praktisch auf die Gesetzgebung einzuwirken vermögen, ist unsere Stellung in dieser Frage genau dieselbe wie in der Frage der Fabrikgesetzgebung.

Ohne unseren prinzipiellen Standpunkt aufzugeben, ohne die Unzulänglichkeit einseitiger und partieller, den Kern nicht erfassender Reformen uns zu verhehlen, werden wir dennoch Alles das durchzusetzen suchen, was sich unter den herrschenden Verhältnissen durchsetzen läßt. Und so ist denn auch von unseren Vertretern im Reichstag, zusammen mit Holtzof, bereits die Einbringung eines Gesetzentwurfs gegen die Nahrungsmittelverfälschung ins Auge gefaßt, für den jetzt Material gesammelt wird*) und der anfangs der nächsten Session dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ausländer, Russen und Polen, befehrt uns das Nürnberger Reptil (S. „Frankfurter Kurier“ vom 18. Juli) — ob's originale Weisheit ist oder Wachzettel, das wissen wir nicht; ist auch gleichgültig — „Ausländer, Russen und Polen“ sind diejenigen Studenten, welche in der Dühring-Affaire für die Freiheit der Wissenschaft eintraten, und „in Berlin und Leipzig ihre unklaren Bestrebungen und Gedanken vor einem geduldigen Zuhörerkreis auskramen.“ Die deutschen Studenten sind von der Bewegung vollständig unberührt geblieben, sie haben bloß — zugehört. Beiäufig ein hübsches Compliment für die deutschen Studenten. Doch das nur nebenbei. Wir citiren das klassische Wort nur, weil es einen klassischen Beleg für die wahrhaft staunenswerthe Geistesarmuth der reaktionären Preßhandlanger gibt, die in ihr trauriges Handwerk nicht einmal Abwechslung bringen, aus dem oben, tausendmal abgeweideten Kreis, in den ihre Beschränktheit und Unwissenheit sie eingekannt haben, nicht herauskommen können. Wer erinnert sich nicht der famosen Phrase aus der 48er Märzrevolution? Wo immer eine Volksbewegung ausbrach, da war es nicht das Volk, beiseite nicht! nein: „Ausländer, Juden und Polen“ — in Wien, Berlin, am Rhein, überall „Ausländer, Juden und Polen“. Jetzt ist der unvermeidliche Jude durch den Russen ersetzt, wozu die Polizei, die hinter der Reptilienpresse steht, ihre Gründe hat — aber gelegentlich wird er ebenfalls wieder herhalten müssen. Dafür birgt uns das geistige Kaliber dieser Gesellschaft, die nichts gelernt und nichts — wenigstens keine Dummheit vergessen hat, und ganz gewiß nie etwas lernen wird.

— In Sachen Dühring's. Ein eifriger Anhänger Dühring's und Comitömitglied für die zu bildende „Gesellschaftliche Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft“, Cand. math. Hermann Böll zu Berlin erklärt in verschiedenen Blättern, daß die Verärgerung der opponirenden Studenten mit der Sozialdemokratie dazu benutzt würde, die Studierenden der Universität zu Berlin aufzuschrecken, einen Protest zu unterzeichnen, der von tatsächlichen Unwahrheiten frogt, und auf eine, wenn auch etwas verdeckte und umhüllte Billigung der Beseitigung Dühring's hinausläuft. Dieses moralische Attentat auf den gesunden Sinn der Studentenschaft enthält namentlich die absichtliche Unwahrheit, daß die Unterzeichnung des für Dühring an die Studierenden Deutschlands erlassenen Aufrufs sich als Gemeinheit der Berliner Studierenden ausgegeben habe. Man hat für den jetzigen amtlich begünstigten Aufruf gegen Dühring alle Mittel, Anschlag am schwarzen Brett, Hilfsleistungen der Pedelle u. dgl. zur Verfügung gestellt, während man jeglichen Anschlag den Anhängern Dühring's verweigerte, ihre Aufrufe confiscirte, sie mit polizeilichen Hausdurchsuchungen heimlich und bei jeder weiteren Fortsetzung der Agitation mit Verhaftung bedrohte. Wenn nun nach solcher Launlegung die von der Universität begünstigten Wandver einen Erfolg haben sollten, so wird dies nur um so mehr deutlich machen, wie es auch nach dieser Seite hin mit der Hochschule und ihrer angeblichen Gerechtigkeit steht. — Wir können uns nur diesen Ausführungen und besonders dem Schlusssatz des Hrn. Böll voll und ganz anschließen, selbst auf die Gefahr hin, daß wieder und immer wieder die „Verärgerung der Oppositions-Studenten mit den Sozialdemokraten“ betont wird — finden sich zwei anscheinend verschiedene Elemente der Bevölkerung in einer guten Sache zusammen, so ist das nur ein erfreuliches Zeichen für die tüchtige Befinnung beider Elemente.

— Ein anerkanntes werthes Wort. In einem soeben veröffentlichten Brief des Grafen de Serre an Niebuhr aus dem Jahre 1824 schreibt dieser conservative französische Politiker (von dem Niebuhr sagte: „sein Leben ist die Geschichte Frankreichs seit 1814“): „Ach, mein theurer Freund, je mehr ich darüber nachdenke, desto mehr scheinen mir die Menschen blind, welche sagen: die Revolution ist todt. Verjagt von den Höhen der Macht, schreitet sie dennoch heimlich, aber schnell und in der Tiefe. Ihre Gegner selbst wissen in ihrem Siege nur ihrer materiellen Ergebnisse sich zu weihen, mit ihrem Dünger sich zu mästen: sie suchen nichts weiter als Ruhe, Unthätigkeit und Geld. Zu solchem Zwecke scheuen sie sich vor keinem Schritte der Revolution, der in ihren Bereich fällt, selbst nicht vor denen, welche sie zuvor am

*) Dies hat bekanntlich gedeten, einschlägiges Material u. an ihn zu schicken. N. d. B.

schärfsten verurtheilt haben. Sie sehen nicht mehr, daß sie nichts anderes ist, als Auflösung; sie gefallen sich darin und fürchten wie der Tod Alles was Organisation und Leben ist. Der conservative Staatsmann täuscht sich nur darin, daß er die Revolution bloß für Auflösung hält. Sie ist nicht allein Auflösung, sondern auch „Organisation und Leben“, und die „Auflösung“ tragt der Revolution äußert sich gerade an jenen verwesenden Einrichtungen, in welchen de Serre, mit der bekannten Verwechslung von Leben und Tod, wie sie der religiös-mystischen Anschauung eigen ist, „Organisation und Leben“ erblickt.

— Es wird immer häßlicher. Unsere Leser erinnern sich, daß wir in Nr. 82 des „Vorwärts“ unter der Rubrik: „Gemeinwillkür über einen Ullas berichteten, den die Kircheninspektion in Auerbach an einen dortigen Webermeister erlassen hatte und in welchem derselbe aufgefordert wurde, vor der Kircheninspektion zu erscheinen und Auskunft zu geben darüber, warum er es seither unterlassen habe, seine Ehe kirchlich einzsegnen und sein Kind taufen zu lassen. Der Webermeister, welcher wohl wußte, daß ihn auf dem Wege des gesetzlichen Zwanges Niemand anhalten könne, dem Gebote der Kircheninspektion Folge zu leisten, erschien an dem bestimmten Tag nicht, worauf ihm unterm 14. Juli eine abermalige Vorladung folgenden Inhalts zugestellt wurde:

„Da Sie der Ihnen unter dem 2. ds. Mts. zugegangenen Vorladung der unterzeichneten Königl. Kircheninspektion ungeachtet in dem auf den 12. ds. Mts., Vormittags 9 Uhr anberaumten Verhandlungstermin nicht erschienen sind, so werden Sie nunmehr, und zwar unter Androhung einer Geldstrafe von 30 M. für den Fall des Ausbleibens, anderweit geladen

Dienstag, den 24. dieses Monats,
Vormittags 9 Uhr

an Inspektionsstelle (Königliche Amtshauptmannschaft) zu erscheinen und sich bezüglich der Verhandlung zu gewärtigen.
Auerbach, am 14. Juli 1877.

Königliche Kircheninspektion für Auerbach.

Meister, Superintendent, Polenz, Cule, Bürgermeister.“
Wie uns mitgeteilt wird, gedenkt der also „Geladene“ diesmal der Kircheninspektion den Befehlen zu thun und sich zu stellen — einmal, um zu erfahren, was denn die Herren Kircheninspektoren zu thun gedenken, um ihn zur kirchlichen Trauung und zur Taufe seines Kindes zu zwingen, dann aber, um denselben mitzutheilen, daß er nunmehr aus der Landeskirche auszutreten gedenke. Diese Eröffnung wird den Herren Inspektoren freilich nicht sonderlich behagen, aber sie ist die beste Antwort auf deren durch keinen Gesetzesparagrafen gedecktes Vorgehen.

— Moderne Sklaverei. Nachstehende Annonce entnehmen wir der „D. Landw. Btg.“: „Ein Rittergut in der Provinz Posen, schönste Gegend, eine Meile von der Eisenbahn, eine Stunde von Breslau, drei Stunden von Posen, Nachbarn fast deutsch, Größe 1600 Morgen, zwei Drittel Weizenboden erster Klasse, sonst lauter schönster Zuderrübenboden, Alles schön arrendirt, einem Polen gehörig, Arbeitslohn eine Mark für die Senne in der Ernte, Arbeiter sehr willig und unterthan, ist sofort oder später pro Morgen 80 Thlr., mit 25—35,000 Thaler Anzahlung Familien-Auseinanderziehung halber zu verkaufen u. s. w.“ — Kann wohl die moderne Sklaverei drastischer gekennzeichnet werden? So fragt die „Berliner Freie Presse“. Wie das andere lebende und todt „Inventar“ figuriren in der Annonce auch die Arbeiter; es fehlte nur noch, daß unmittelbar daneben die Zahl der Ochsen und Pferde stünde, dann wäre das Bild ganz ausgemalt.

— Zum Nationalbank. Am 4. Juli, Nachmittags 5 Uhr, fand im Hotel Key zu Bonn a. Rh. die diesjährige Generalversammlung des „Zweigvereins der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden des Kreises Bonn“ statt. Dem Jahresberichte des Vorsitzenden entnehmen wir folgenden Passus, der für uns ein werthvolles Eingeständniß aus dem Munde eines hochpatriotischen „Culturkämpfers“ ist:

„Während, heißt es in diesem Jahresberichte, mehrt sich die Zahl Derer, bei welchen, ohne daß sie vom Staate als Invaliden anerkannt sind, der allmähliche Rückgang ihrer Arbeitskraft, der spätere Eintritt von Krankheit und Elend, ja des Todes, mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Strapazen zurückzuführen ist.“

Wo bleibt da das „dankbare Vaterland“, welches ja reichlich für „seine Söhne“ sorgen soll? Aber ist es denn nicht schon des Glückes Übergang, im „freien“ Deutschland (wenn auch darben und hungernd) leben zu dürfen? Freilich, wir Sozialdemo-

kraten haben andere Ansichten; aber Sozialdemokraten sind ja auch keine Menschen und vor allen Dingen keine „Patrioten“. Sch.

— Oesterreichisches. Der „Berliner Freien Presse“ wird geschrieben:

„In Wien ist dieser Tage unter dem Titel „Paradoxa“ eine Broschüre erschienen, welche das österreichische Kaiserhaus auffordert, das staatssozialistische Banner zu entfalten, um der Monarchie eine neue Existenz zu verleihen. Die Broschüre erregt in Oesterreich große Sensation. Sie reproduziert denselben sozialpolitischen Reorganisationsplan, den Exminister Schäfte in seinem Werke: „Kapitalismus und Sozialismus“ entwarf, und welchen er i. J. auch dem Kaiser in mündlichem Vertrage unterbreitete. Die leitende Idee dieses Planes besteht in Hervorhebung der Thatsache, daß die Nationalitäts-Idee keine österreichische Staats-Idee sein kann und jener Ersteren deshalb die soziale Reform-Idee zu substituiren sei. „Eine über die Klassen-Interessen sich erhebende Monarchie, welche die Fahne wahrer sozialer Reform ergreift, hat einen großen Werth für große Staaten-Gemeinschaften und kann durch dieses Verdienst ein viel höheres Alter erreichen, als durch die Vajonette.“ (Schäfte's „Kapitalismus und Sozialismus“.) — Die „Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz“ findet den Plan ganz vortrefflich und sucht der Welt einzureden, daß die conservative Partei dafür in die Schranken treten werde. Schon als die Feudal-Aristokratie vor nicht allzu langer Zeit einen „Sozialistischen Congress“ veranstaltet hatten, sprach obgedachtes Organ mit großer Begeisterung von den 150 Fürsten, Grafen, Baronen und Repräsentanten der Edelgeschlechter, welche anwesend waren und von dem Prinzen, der eine große Rede über Sozialpolitik hielt. Und als wir die „Bedeutbarkeit“ der ganzen Congresscomödie bezweifelten, verübte uns dies die Correspondenzdame gar sehr, jetzt aber nimmt sie neuerdings Bezug darauf und sagt: „Bekanntlich stand das Ministerium Hohenwart-Schäfte mit denjenigen Kreisen, worin die 150 Fürsten, Grafen, Barone des österreichischen Katholikentages resp. Sozialcongresses“ heimlich sind, in naher Fühlung. Tritt der Schäfte'sche Plan wie es scheint wieder in den Vordergrund, so dürfte die Hülfsgegenschaft des österreichischen Adels dafür doch wohl einige „Bedeutbarkeit“ besitzen.“ Nun ist ja nicht zu leugnen, daß auch in Oesterreich ein wenig Regierungs-Sozial-Demagogie getrieben werden könnte, allein die habsburgische Regierung dürfte gleichwohl die letzte sein, die sich auf dieses Feld begiebt, da sie zur Zeit mehr denn je im Fahrwasser des reinen Polizeistaates schwimmt.“

Lezteres wäre nun freilich kein Hinderniß. Der „Staatssozialismus“ verträgt sich ja ganz gut mit dem „reinen Polizeistaat“ — wie Herr Wagener sehr wohl weiß. Aber der österreichische Polizeistaat ist zu dumm für solche Experimente. Oder — wäre er zu geschickt?

— In den Nordamerikanischen Freistaaten ist auf der Baltimore-Ohio-Eisenbahn ein großartiger Strike unter den Beamten und Maschinisten ausgebrochen. Der Verkehr ist seit dem 18. Juli völlig eingestellt. Truppen trafen in Baltimore ein, welche die „Führer“ des Strikes verhafteten. Ungehobene Aufregung bemächtigte sich in Folge dessen der Gemüther; die Eisenbahnbeamten der ganzen Union, die schon lange eine Verbindung unter sich haben, wurden empört über solchen Eingriff in ihre Rechte und der Aufruhr loberte hell auf — der Aufruhr, den nur das Einschreiten der Soldaten hervorgerufen hat. Bei dem Kampfe in Baltimore wurden verschiedene Soldaten getödtet, aber auch 10 Eisenbahnbeamte, 30 wurden verwundet. Die Soldaten zogen sich nach ihrer Heldenthat zurück — darauf wurde der Bahnhof und das Telegraphenbureau, aus welchem das Militär gefeuert hatte, von den Aufständischen zerstört. — In Pittsburg eroberten die Aufständischen die Kasernen und richteten sie gegen das Maschinenhaus, wo das Militär verschanzt war — im Sturmsturm wurde das Militär vertrieben, auf das andere Ufer des Alleghany geworfen, auch dorthin verfolgt und zerstreut. Der Sheriff von Pittsburg, der bei den Truppen kämpfte, wurde getödtet, der General der Truppen, Pearson, verwundet. Pittsburg selbst befindet sich in den Händen der Streikenden. — Der ganze Strike wäre friedlich abgelauten, wenn sich nicht Polizei und Militär mit ihren fleghaften Händen hineingemischt hätten.

— Die „wirklich gutmüthigen Kosaken“ treten in der Bulgarei ganz harmlos auf, das ist der Grundgedanke einer längeren Petersburger Correspondenz der „Leipziger Zeitung“. — Dem entgegen wird neuerdings wieder mitgeteilt, daß die Russen — die Kosaken natürlich voran — über 150 Dörfer in Bulgarien niedergebrannt hätten. Uebrigens haben, um den Lügen der Russen ein Ende zu machen, zwanzig Vertreter von

deutschen (darunter die „Kölnische“ und die „Frankfurter Zeitung“), englischen und französischen Zeitungen ein Protokoll unterzeichnet, welches die haarsträubendsten russischen Grausamkeiten bestätigt. — Nun mögen die Russen von ihrer „Humanität“ weiter lügen, die offiziellen Zeitungen in Deutschland mögen solche Lügen bestätigen, ein anständiger Mensch aber kann dieselben nicht niederschreiben, und ein halbwegs vernünftiger Mensch wird sie nicht glauben.

— Der Balkanpaß bei Schipla ist nunmehr von den Russen mit mehreren Bataillonen besetzt und dann armirt worden; somit ist der Weg nach Adrianopel und Constantinopel für die russische Armee offen — nur entscheidende Schlachten im offenen Felde können die Türkei retten. Daß man hierzu übergehen will, steht zu erwarten. Das „alte Weiß“ Abdul Kerim Pascha und der Kriegsminister Nedib Pascha sind abgesetzt worden. Die beiden Besieger von Serbien und Montenegro, Mehmed Ali Pascha (ein Deutscher) und Suleiman Pascha haben den Oberbefehl über die beiden Hauptarmeen erhalten, Mehmed Ali steht bei Schumla und wird bald einen Vorstoß gegen den linken Flügel und gegen die linke Flanke der russischen weitgestreckten Hauptarmee unternehmen; Suleiman sammelt zwischen Adrianopel und dem Balkan eine Armee, um die Russen, welche den Balkan überstiegen haben, anzugreifen. Osman Pascha ist mit 30,000 Mann von Widin nach Sofia aufgebrochen, um die rechte Flanke der russischen Armee zu bedrängen. — In Constantinopel geht das Gerücht, daß der Dampfer zur Rückberufung Midhat Pascha's von Constantinopel abgegangen sei; gleich nach der Wiederkehr Midhat's soll auch die Fahne des Propheten entfalt werden — das würde einen Kampf auf Leben und Tod bedeuten. Die Friedensgerüchte, welche die Luft durchschwirren, sind müßige Erfindungen. Die nächsten Tage werden Entscheidungsschlachten bringen. In Wien steht die Sache der Türken fortwährend gut.

— Sonntag den 22. Juli sollte in Berlin ein Congress der Sozialisten der Provinz Brandenburg stattfinden. Der Congress ist aber noch in letzter Stunde polizeilich verboten worden, weil das Polizeipräsidium in Gemeinschaft mit Herrn Tessendorf es als erwiesen erachtete, daß der Congress eine Fortsetzung der Organisation der geschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sei. Worin diese Fortsetzung der verbotenen Organisation besteht, ist natürlich Geheimniß des Herrn Tessendorf geblieben. Anzumerken ist übrigens, daß die „Rössische Zeitung“ der Polizei das Recht abspricht, auf eine bloße „Annahme“ hin den Congress zu verbieten. — Eine weitere Lebenswürdigkeit verübte die Polizei dadurch, daß sie einem Wahlliegessfest, welches die Berliner Arbeiter Tags zuvor, also Sonnabend den 21. Juli, begingen, allerlei Hindernisse in den Weg legte. So durfte z. B. eine Festrede, die Würge aller Arbeiterfeste, nicht gehalten werden; auch war verfügt worden, daß das Fest um 12 Uhr sein Ende erreicht haben müsse, denn „ich“ — also kastei der stellvertretende Polizeipräsident Herr v. Herzberg — „wünsche nicht, daß die Berliner Arbeiter auch nach 12 Uhr Geld ausgeben.“ Ist das nicht löstlich? Uebrigens verlief das Fest ganz nach Wunsch und lieferte den Beweis, daß die Polizei wieder einmal recht brav für die Sozialdemokratie gewirkt hatte.

— Die Wiener „Gleichheit“ giebt uns vollständig recht in unserer Stellung zur französischen Bourgeoisrepublik und betont besonders unsere Franz, daß die Scheinfreiheit in einer besseren Staatsform viel demokratischer auf das Volk wirkt, als die geringere Freiheit in einer starren Staatsform. — Dasselbe Blatt hebt die praktische Agitation Lassalle's, und überhaupt die jetzige sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands rühmend hervor, indem es in seiner „Wochenschau“ folgendes sagt: „Ferdinand Lassalle, der Mann, welcher die arbeitende Bevölkerung zu einer Einigkeit gebracht, die heute Erfolg auf Erfolg häuft.“ — Wir freuen uns sehr über solche Sympathien, die uns unsere deutschen Brüder von der Donau entgegenbringen.

— Berichtigung. In der Notiz, betreffend die Erschießung Chaudey's in vorletzter Nummer, muß es statt: für die „Reinen“, an Louis Blanc“ u. s. w. heißen: „für die „Reinen“, den Louis Blanc und den Radier de Ronjou, den Gambetta und die ganze Compagnie“ das Schlammste in Vetto u. s. w. Und ferner muß es am Schluß heißen: Les plus forts statt Le plus forts.

Christliche Freiheit.

Webel's „Deutscher Bauernkrieg“ brachte uns eine alte Urkunde in Erinnerung, die uns vor längerer Zeit zu Gesicht gekommen und die es wohl verdient, dem Staube der Vergessenheit entzissen zu werden.

Im Jahre 1525 erließen die Markgrafen Casimir und Georg von Brandenburg einen Ullas an ihre Vorfürsten und Unterthanen, worin sie ihnen anzeigen, daß der Bauernaufruhr „mit wenig aus vngeschickten gottlosen predigen entstanden synd“, bez. „durch vngeleret und vngeschick prediger und predig“, und daß sie sich deshalb „mit etlichen Churfürsten vnd Fürsten, vnnsern lieben Oheimen, Schwägern und Brüdern verabredet vnd entschlossen, allen vnnsern vnderthanen am künze vnterricht zu thun, wie es nun vnd hinfürto allenthalben in vnnseren lande mit dem predigen des heiligen Euangelii vnd Göttlichen worts gehalten werden soll.“ Dieser „vnterricht“ seht nun dem Volke auseinander, was eigentlich unter christlicher Freiheit zu verstehen sei.

Wir lassen die Urkunde in ihrer alten Schreibart folgen und bitten die Leser, sich die Nähe des Entziffers nicht verdrücken zu lassen. Das Resultat wird überraschen:

Casimir und Georg, von Gottes gnaden gebrüdere, Marggraven zu Brandenburg u. s. w.

Unsern graf zu vor lieben getrewen. Nachdem die gewesen auffreue nit wenig aus vngeschickten gottlosen predigen entstanden synd, vnd widerumb wol durch geschickte Christenliche prediger des heilige Euangelii vnd rannen lautere wort Gottes verhutet werden mögen, haben wir vnz deshalb mit etlichen Churfürsten vnd Fürsten, vnnsern lieben Oheimen, Schwägern vnd Brüdern vnderredet vnd entschlossen, allen vnnsern vnderthanen am künze vnterricht zu thun, wie es nun vnd hinfürto allenthalben in vnnseren lande mit dem predigen des heiligen Euangelii vnd Göttlichen worts gehalten werden soll vnd das selbig in trau bringen lassen. Wie wir euch des selben seyn mit etlich abtrud zu schiden. Und ist vnnser ernstlicher beuehl, das ir bey den pflichten, damit vns ain vegglicher verwardt, allen pfarrherrn vnd Predigern in vnnserm gebiete euers Aupis wenter Ernstlich beuehlet, das sich ain vegglicher vnnser

zu geschickten vnterricht gemach vnd nit anders halt. Darauff ir auch ewer (immer) fleissigs auffmercken vnd, vnterrichtung bestellen vnd auch für euch selbst auch angezaigtem vnnserm ernstlichen beuehl mit straff der übertreter vnd in alle ander wege gehorffentlich halten, auch nach innhalt des selbe ob den rannen Predigern des Göttlichen worts von vnnsern wegen getrenlich halten, dieselben handthoben vnd weiter nichts sein noch handeln wile, das das heilig vnüberwindlich wort Gottes nach rechtem lautern verstande mit sich bringt, oder zuletzt als lieb euch allen vnd ainem vegglichen in sonderheit sei vnnser schwäre vngnad vn straff leib vnd guts zu vermenden, verlassen wirt, vns zu geschehen ernstlich genlich zu euch.
Onelghach am Mittwoch nach Bartholomei Apostoli Anno 1525.

Pro Erasmo Fabricio
1525.

Nachdem die vergangne empörung und auffreue den merere teil durch vngeleret vnd vngeschickte prediger vnd predig entstanden synd, ist vor allen dingen der Durchlauchtigen, Hochgebornen Fürsten vnd Herren Casimir und Herren Georgen, als der eilften Regierenden gebrüdere Marggrauen zu Brandenburg u. s. w. meiner gnadigen Herren beuehl und mannung, das in irer Fürstlichen gnaden Fürstenthumben, Landen vnd gebieten alle solliche vngelerete vngeschickte auffrührische Prediger von stund an abgeschafft vnd leinswegs geduldet. Sondern wo man der ainen oder mer die öffentlich oder beweislich für das heilige Euangelion vnd lauter klar wort Gottes auffrührisch predigen, betretten möge, das die selben von stund an an einem vnden ort gesendlich angenommen vnd nach irem verschulden an leib, leben vnd gutt ober mit verweysung des lands nach erkantnuß irer Fürstlichen gnaden oder der selben Hofmeister, Statthalter vnd Räte ernstlich vnd vnnachlässlich gestrafft werden.

Darwiderumb dieneil auch die auffreue und empörungen der vnderthanen nit wenig durch scrum Erbar geleerte Christlich Prediger vnd predigt abgestellt und fürkommen werden mag, so ist auch irer Fürstlichen Gnad ernstlicher beuehl, das das heilige Euangelion vnd wort Gottes als vnd neuß Testaments allent-

halben in irer Fürstlichen gnaden Fürstenthumben, Landen vnd gebieten lauter vnd reyn gepredigt werden soll vnd nichts, das darwider ist, wie denn ir Fürstlich gnaden darvor auch ernstlich beuehlen haben vnd füran mit ernst darob seyn vnd halten, auch kein anders gestatten.

Ir Fürstlichen Gnaden wöllen auch ob den selbigen rainen Predigern des Göttlichen worts gnädiglich vnd getrenlich halten vnd weiter nichts seyn noch handeln, das das heilig vnüberwindlich wort Gottes nach rechtem vnd lautern verstand mit sich bringt oder zuläßt.

Vnd aber als vil mißuerstands auß dem geuolgt, das man ain zeitlang bisher geprediget hat, das der glaub allein an Gott vnd Jesum Christum seuen ainigen sunn vnnsern herren erlöser vnd saligmacher zu erlangung der ewigen saligkeit genug sey als auch die warheit, wo der selbig glaub vnn grund des herren recht vnd lebendig ist.

Dann vil grober vnd einfältiger Menschen gemaynt vngd gesagt haben, wann es denn allein genug an dem glauben, so sey on not, gute werck zu thun, gleich als ob auch ein rechter warer liebreicher glaub in got vnnsern herren on gute werck sein köunt oder möchte, so doch ein guter bawm (dabei ein rechter warer glaub nach innhalt der Göttliche geschriffte bedeut würdet) nit on frucht seyn kann.

Soll allen Predigern in obgenanter meynen gnadigen Herren Landen ernstlich beuolhen werden vnd hynit beuolhen seyn, wann sie predigen, das der glaub allein zur saligkeit genug sey, das sie allwegen erklären, das es nit ein solcher schlechter erdichter todter (wie d' arm grob oder einfältig mensch vermaynt), sond' ain warer lebentiger liebreicher woltätiger glaub seyn, darauff allzeit rechte (von Gott gebotne) gute werck gegen Gott vnd den nächsten von not wegen folgen müssen, dann er dieselben gutten werck nit volgen, da sey auch kein warer, rechter, liebreicher, saligmachender glaub. Also das die rechten (von Gott gebotten) gutten Werck allzeit frucht vnd gegenen ains rechten waren, lebendigen, vngeschickten, liebreichen, woltätigen glaubens synd vnd kains on das ander seyn kön.

(Schluß folgt.)

Da ist er wieder!

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Neuer Schmutz, alter Richter. Mit der sprüchwörtlichen Fähigkeit jenes bekannten Thierchens, welchem Homer bei Schilderung der Kämpfe um den Leichnam des Patroklos den hundertmal weggetriebenen, aber hartnäckig stets wieder zum Angriff zurückkehrenden Griechenhelden vergleicht, lehrt unser Fortschrittsheld Eugen, hundertmal weggeschleudert, stets auf denselben Fleck zurück — freilich nicht um zu kämpfen, sondern — und da trifft bei ihm der homerische Vergleich weit besser, naturgeschichtlich richtiger zu, als bei Menelaos — sondern um einigen Schmutz hinzutragen und seine Eier zu legen, was beiläufig ein ganz gutes Geschäft ist, inwiefern er die unglücklichen Opfer zwingt, ihm Stück für Stück 1—5 Thaler zu bezahlen, denn als guter Geschäftsmann läßt er mit sich handeln. Das letzte Ei, das er (für Geld) an den Mann gebracht, präsentiren wir hier unseren Lesern. Man betrachte es sich — wie das Ei, so das Huhn und der Richter. Also:

„Die Rothen wider die Blauen.“ Wir haben bereits wiederholt die Stellung gedacht, welche der größte Theil der deutschen sozialistischen Presse, voran das „Centralorgan“, der Leipziger „Vorwärts“, gegenüber den neuesten politischen Ereignissen in Frankreich einnimmt. Wir haben bei dieser Gelegenheit auch auf die literarische Fehde hingewiesen, die aus diesem Anlaß zwischen dem „Vorwärts“ und der republikanisch-demokratischen „Frankfurter Zeitung“ ausgebrochen. Wir würden auf die Affäre nicht mehr zurückkommen, wenn nicht die „Frankfurter Zeitung“ Dinge in die Debatte bringen hätte, die in der That eine kurze Beleuchtung verdienen. Das Frankfurter Blatt schreibt nämlich u. A.: „Natürlich haben wir gar nichts dagegen, wenn einige Herren Führer der Sozialdemokratie uns als Reaktionen in den Bann thun. Orthodox sind wir nun einmal nicht, das sacrificio dell' intelletto bringen wir nicht, und was liegt am Ende daran, wenn wir Reaktionen heißen und es doch nicht sind! Wenn die Freiheit lieb ist, muß auch Paracore ertragen können. Das Eine aber wäre in solchem Falle Pflicht der Gegner: daß sie uns auch wirklich als zur „einen reaktionären Masse“ gehörend betrachteten und weniger ausbeuteten, daß sie die Spalten dieses Blattes weniger plünderten, überhaupt weniger mit Hülfe der „eigenmächtigen Bourgeois“ weiter zu kommen suchten.“ So die „Frankfurter Zeitung“. Daß die sozialistische Lokalpresse die Spalten der „Frankfurter Zeitung“ hartnäckig plündert, ist eine unbestreitbare Thatsache, und es geschieht dies namentlich von jenen kleineren sozialistischen Blättern, die in dem jetzigen Kampfe gegen das Frankfurter Blatt dem „Vorwärts“ tapfer Beistand leisten. Was aber das „Weiterkommen mit Hülfe der Bourgeois“ betrifft, so hat das eine ganz eigenthümliche Bewandniß. Auf einem der letzten Nationalkongresse wurde von einem sozialistischen Journalisten, Herrn Frohne aus Frankfurt a. M., darauf hingewiesen, daß sozialistische Blätter und sozialistische Führer, u. A. der Reichstagsabgeordnete Bebel, von Sonnemann, dem Besitzer der „Frankfurter Zeitung“, Geld geliehen hätten, und daß dieser Umstand leicht zu Ungunsten der Partei ausgebeutet werden könne. Herr Frohne wurde damals von der Congressmajorität unter Liebknecht's Führung als feiner „Stänkerer“ gehässig abgekanzelt, heute aber, wo das Freundschaftsverhältnis zwischen der „Frankfurter Zeitung“ und Herrn Liebknecht in die Brüche zu drohen geht, giebt die „Frankfurter Zeitung“, „einigen Herren Führern“ der Sozialdemokratie den Rath, sie möchten „weniger mit Hülfe der „eigenmächtigen Bourgeois“ weiter zu kommen suchen.“ Dieser Wink mit dem Janusfuß ist nach dem oben Mitgetheilten deutlich genug! Uebrigens liefert die ganze Affäre abermals einen neuen Beleg für das innerhalb der sozialistischen Partei grassirende Klüßchenwesen. Die „Berliner freie Presse“, die in der Frage wozu für die republikanische Staatsform eintrat, mußte sich deshalb vom „Vorwärts“ allerlei Liebenswürdigkeiten lassen, u. A. auch die, daß nicht sie (gelogen!), sondern das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ das „bedeutendste Lokalblatt der Partei“ sei. Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ hat allerdings mit dem „Vorwärts“ brav gegen die französische Republik gekämpft und somit ein Belobigungsattest verdient. Und läßt der ganze Krach sehr kalt. Aber wir möchten Herrn Haseclaver, den Mitredakteur des „Vorwärts“ fragen, ob er auch noch heute den von ihm im Jahre 1871 in Wort und Schrift ausgesprochenen Satz vertheidigt: „Das Schwergewicht der sozialistischen Agitation muß nach Berlin verlegt werden.“ Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, als ob die Leipziger „Führer“ befürchten, die Berliner „Bewegung“ werde ihnen über den Kopf wachsen.

Dies das Richter'sche Ei.

Was zunächst die Anfrage an Haseclaver betrifft, so glauben

wir, daß Herr Haseclaver dem Herrn Richter gar nichts zu sagen hat. Als Herr Haseclaver in Berlin vor der letzten Wahl dem Herrn Richter etwas zu sagen hatte, und zwar Auge in Auge, da war der Herr Richter nirgendwo zu finden. Wenn der Herr Richter einmal die Courage hat, dem Herrn Haseclaver Rede zu stehen, dann wird ihm auch auf diese seine Richter'sche Anfrage die passende Haseclaver'sche Antwort werden. Daß Herr Richter sich erdreistet, der sozialdemokratischen Partei „Cliquenwesen“ vorzuwerfen, daß er überhaupt wagt, von „Cliquenwesen“ zu reden, er der Fortschrittler, dessen ganze „Partei“ eine Clique ist, ein widerlicher Cliquenmoraal, aus welchem nebst anderen duftenden, bunselnden Bierblumen auch die famose „Sumpflanze“ Richter hervorgegangen ist, das liefert einen neuen Beweis für die alte Wahrheit, daß bei Herrn Richter das Bedürfnis zu lügen und zu verleumbden im umgekehrten Verhältniß zu seiner Klugheit steht. Im Haus des Gelehrten soll man nicht vom Streit reden. Ein Fortschrittler sollte sich lieber die Zunge abbeißen, als das Wort „Cliquenwesen“ über den Mund zu bringen.

Daß das nur Nebenbei. Jetzt zur Hauptsache. Wie kommt dieser Richter dazu, Nebel in die Sache hineinzuziehen? Daß die citirte Bemerkung der „Frankfurter Zeitung“, so souverän ungeschickt sie in ihrer Zweideutigkeit ist, sich nicht auf Nebel beziehen konnte, das mußte Herr Richter einsehen, und das hat er auch eingesehen. Er mußte sich fügen und hat sich gesagt, daß der Bassus vom „Weiterkommen mit Hülfe der „eigenmächtigen Bourgeois““ nur die Ergänzung“) des (wir gestehen es offen: wohlverdienten) Hieb's wegen „Plünderung“ der „Frankfurter Zeitung“ durch sozialdemokratische Blätter ist und sein kann, aber — der Richter mußte richtern, er mußte etwas Schmutz ablageren und ein Ei legen. Und so wurde denn Bebel, der an dem Streit zwischen „Vorwärts“ und „Frankfurter Zeitung“ absolut nicht betheiligt ist, wie Herr Richter sehr wohl weiß, mit Gewalt in die Sache hereingezerrt und die Frohne'sche Affäre wieder aufgewärmt, obgleich, wie Herr Richter sehr wohl weiß, diese Affäre die Ehre Bebel's völlig unberührt gelassen hat und obendrein ihrer ganzen Natur nach die Möglichkeit einer solchen Insinuation im Blatte des Herrn Sonnemann ausschloß. Das Alles wußte und weiß Richter, indeß er denkt: calumniari audacter: man muß nur frech richtern, etwas bleibt doch hängen. Wir wären nun mit Richter fertig.

Ob die „Frankfurter Zeitung“ es für nöthig hält, sich gegen die Richter'sche Interpretationskunst zu verwahren, welche ihr eine lächerliche — wir finden keinen passenden deutschen Ausdruck — unterzieht, das wollen wir abwarten.

Correspondenzen.

Aus Schleswig-Holstein, 18. Juli. Die Stimmung im gegnerischen Lager ist immer für uns von Bedeutung; deshalb wollen wir hier eine bezeichnende Correspondenz der „National-Zeitung“ zum Abdruck bringen. Der Correspondent, wahrscheinlich ein Schullehrer, die in Schleswig-Holstein sich fast ausschließlich mit Zeitungsberichterstattung beschäftigen, schreibt:

„Wir haben schon früher berichtet, daß vom 1. Oktober ab in Kiel ein sozialdemokratisches Organ für die Provinz Schleswig-Holstein („Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“) erscheinen wird. Man will es hierbei jedoch nicht bewenden lassen. Außer dem schleswig-holsteinischen Provinzialblatt soll speziell auch die in Hamburg erscheinende sozialistische „Rundschau“ als Organ für die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie dienen. Es wird gegenwärtig in der Provinz aufs eifrigste dafür agitirt, daß die Parteigenossen auf die beiden genannten Organe abonniren und gleichzeitig werden Antheilscheine für das neue in Kiel erscheinende Organ ausgegeben, und zwar beides mit gutem Erfolge. Die Parteiführer wollen überhaupt, wie aus einem Artikel des „Vorwärts“ hervorgeht, mehr wie bisher durch die Presse auf die schleswig-holsteinische Bevölkerung einwirken. Dem Umstand, daß bisher in Schleswig-Holstein die sozialistische Agitation fast ausschließlich durch Wanderredner (Volksversammlungen) betrieben worden ist, während weniger Gewicht auf die Mitwirkung der Presse gelegt wurde, schreibt man im sozialistischen Lager hauptsächlich die Schuld der bei den letzten Reichs-

*) Wir wünschen sehr, daß unser Correspondent in diesem Falle recht hat. Daß Herr Eugen Richter unsern Genossen Bebel bei der Sache erwidert hat, ist sehr, ebenso, daß er sich auf Frohne bezieht; daß man aber den besagten Absatz nur für die Ergänzung des Hieb's des „Plünderers“ halten soll, das verstehen wir nicht weshalb denn das Ueberschwärmt: „überhaupt?“. Hat die „Frankfurter Zeitung“ mit ihrer „souveränen“ Phrasen aber mit dem „überhaupt“ nichts andeuten wollen, wie unser Mitarbeiter meint, desto besser, so mag sie es offen und ehrlich sagen. D. R. d. R.

tagswahlen erlittenen Niederlage zu. Mit welchem Rechte dieses geschieht, wollen wir nicht untersuchen, sondern nur die Thatsache constatiren, daß die Sozialdemokratie alles aufbietet, das in unserer Provinz verlorene Terrain wiederzugewinnen, und daß die Parteigenossen zu diesem Zwecke vor keinem pekuniären Opfer zurückzureden. Der Erfolg kann unter solchen Umständen um so weniger ausbleiben, als sich leider auf antisozialistischer Seite eine gleiche Opferwilligkeit nicht zeigt. Ist es doch nicht einmal der größten Partei in der Provinz, der nationalliberalen, möglich gewesen, ein Parteiorgan für Schleswig-Holstein begründen zu können, obgleich ein solches besonders in Holstein, empfinden wird, das seit dem Eingange des „Altonaer Merkur“ kein einziges größeres nationalliberales Organ besitzt. Man sollte wirklich glauben, daß das, was die meistens aus Gefellen und Tageshohnern bestehenden Sozialdemokraten fertig bringen können, auch von der zahlreicheren, begabteren und intelligenteren nationalliberalen Partei fertig gebracht werden kann. Oder irren wir uns?

Ja, Herr Correspondent, Sie irren sich! Und zwar weil der Geldhaas egoistisch ist, weil er kurzfristig macht und weil er deshalb für politische Zwecke keine Opfer bringt. Und es ist gut, daß Sie sich irren, weil der Kampf gegen die Vernunft doch nur Wirkwar anrichtet, und Wirkwar giebt's genug schon auf der Welt. Deshalb möge man der Entwicklung des Volkthums freien Lauf lassen.

Hamburg, 22. Juli. (Etwas von der Gräfin Haffeldt.) Oft schon hat man sich hier gefragt, von wem die hiesige sogenannte Bräuer'sche Partei das Geld habe zur Fortleitung ihres Blattes, welches kaum 300 Abonnenten hat. Die wenigen Arbeiter können die fortlaufenden Opfer nicht tragen. Ich dachte früher schon einmal an die Gräfin Haffeldt, doch warf ich den Gedanken wieder gleich fort, da ich glaubte, die Gräfin würde klüger sein, als daß sie ihr Geld so erfolglos verpuffte. Und doch bringt mich das gedachte Blatt jetzt selbst wieder auf den Gedanken. In der letzten Nummer desselben steht nämlich folgende Notiz:

„Protest.“

Bremen, den 17. Juli 1877.

In Nr. 28 unseres Organs befindet sich ein „Eingefandt“ mit einer „Anmerkung der Redaktion“ über Herrn J. B. Schweizer, welcher in demselben als wirklicher Vertreter Lassalle's gezeichnet wird. Da die Generalversammlung von 1876 über dieses Thema heftige Debatten führte und dieselbe sich dahin einigte, man solle Herrn v. Schweizer gänzlich ruhen lassen, da nun aber dies von unserm Redakteur nicht beachtet ist und dasselbe Thema in diesem „Eingefandt“ wieder enthalten ist, so erachte wir dies für eine direkte Schädigung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins und sehen uns genöthigt, hiermit öffentlich zu protestiren. Sogleich erwarten wir, daß das Präsidium Schritte thut, damit solche Sachen ferner unterbleiben.

G. Gewede, H. Dohrmann, Vorstandsmittglieder.

Im Auftrage der hiesigen Mitglieder:

F. Döring, Bevollmächtigter.

Anmerkung der Redaktion. Die Aufnahme des betreffenden „Eingefandt“ von J. B. Schweizer ist nicht unsere Sache, sondern lediglich Sache der Breviscommission, welche die volle Verantwortung dafür hat und trägt. Im Uebrigen meinen wir, ist das „Eingefandt“ kein Aufwachen von Streitfragen, welche über Herrn v. Schweizer zwischen uns und dem früher von Herrn J. B. Mende geleiteten Allgemeinen deutschen Arbeiter-Berein stattgefunden haben. Wenn wir auch früher anderer Meinung über die Frau Gräfin v. Haffeldt und Herrn Mende waren, so haben wir eingesehen, daß die Streitfragen damals auf Fröhner beiderseits beruhten. Wir sollen der Frau Gräfin v. Haffeldt und Herrn Mende unsere vollstündigste Achtung und würden ein „Eingefandt“ in objektiver Form über dieselben ebensowenig zurückweisen, wie das „Eingefandt“ über Herrn v. Schweizer.“

Bis jetzt war der verstorbene Herr v. Schweizer der Heiland der Hamburger Bräuerischen — Allgemeinen deutschen Arbeiter-Berein darf man nicht sagen, man würde dadurch das Andenken an den früheren Verein dieses Namens schänden —, sie schworen auf Schweizer, den sie, wenigstens oft schien es so, weit über Lassalle setzten. — Schweizer ist todt; jetzt hat sich das Ding gewendet — die Todtschwärmerin Schweizers, die Gräfin Haffeldt lebt noch, sie besitzt auch Geld, das weiß ja auch ein Mitglied der Bräuer'schen Partei sehr gut, der Herr E. B. Richter aus Wandsbeck,*) und so wird jetzt wohl die alte Gräfin an der Spitze dieser Partei marschiren. Ob der Unterordnungspräsident, Herr Mende, sich von seinem „Schwermuth“ erholt hat, wissen wir nicht — ein passender Präsident wäre er mindestens für diese Gesellschaft.

Lehe, 10. Juli. Wie ich seinerzeit im „Vorwärts“ berichtete, wollten die Parteigenossen am hiesigen Orte einen Ball abhalten, welcher jedoch von der Behörde verboten wurde, weil, wie ich ebenfalls schon im „Vorwärts“ berichtete, ein politischer Verein keinen Ball abhalten dürfe. Da ich mich jedoch mit diesem Bescheide nicht zufrieden geben konnte, wendete ich mich an die königliche Landdrostei in Stade, welche jedoch das Vergehen des Herrn Kreishauptmanns für geschnitzig hielt. Auf diesen Bescheid hin wendete ich mich an das königliche Ministerium des Innern in der Uebersendung, die höhern Träts ein andere Entscheidung getroffen werden würde. Aber die Entscheidung blieb nicht aus, denn auch der Minister Culenburg ist der Ansicht, daß ein politischer Verein sich nicht harmlos verhalten darf, wie nachstehende Antwort auf meine Beschwerde, welche ich am 21. März abgeholt habe, zeigt: „Auf die Vorstellung vom 21. März dieses Jahres eröffne ich Ihnen hierdurch, daß ich es bei der Lage der Sache nicht für ungerathigt erachten kann, wenn die zur Abhaltung eines Balles seitens des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins nachgesuchte Erlaubniß von dem königlichen Kreishauptmann in Lehe verweigert und die Entscheidung seitens der königlichen Landdrostei in Stade aufrecht erhalten worden ist. Ich sehe mich daher außer Stande, Ihrer vorliegenden Beschwerde eine weitere Folge zu geben. Der Minister des Innern Graf Culenburg.“ — So sieht es um die Gleichheit vor dem Gesetz aus!

Ph. Krebs.

Mannheim. Mit Genugthuung können wir berichten, daß die Bewegung in Mannheim und Umgebung immer mehr an Ausdehnung gewinnt, wozu allerdings Versammlungen wie die am 2. Juli in den Sälen des „Badner Hofes“ hieselbst abgehaltene ihr möglichstes beitragen. Es referirte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die heutige Reaktion und der vierte Stand“ unser Genosse Hadenberger, der in Trier bekanntlich 14 Monate Gefängniß abgeessen hat. Hadenberger wurde, als er die Tribüne bestieg, mit rauschendem Beifall empfangen, auch sein Vortrag wurde sehr günstig aufgenommen. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die orientalische Frage“ referirte Genosse Weidemann aus Hamburg. Auch Weide-

*) Gleichfalls der „Präsident“, Herr Ad'ling! D. R. d. R.

— Akademische Freiheit. Die beiden urdeutschen Burschenschaften „Germania“ und „Arminia“ zu Berlin haben Protest erhoben gegen das Vorgehen der Anhängler Dühring's und Herrn Hall eine Vertrauensadresse überreicht. Die „Braunschweiger Leuchttage“ veröffentlicht in Bezug darauf folgende niedliche Verse:

Zwei Burschenschaften in Berlin,
Germania, Arminia,

3— a, 3— a!

Die sagen, wir sind auch noch da,

3— a, 3— a!

Was kümmert uns die Lehrfreiheit?

Lehrfreiheit haben wir genug,

Wir dünken uns schon viel zu klug,

Wir haben Freiheit so viel zu trinken,

Wir sind trunken unter den Tisch hinfallen,

Wir haben Freiheit uns zu schlagen,

Und Schmarren am Kopfe davon zu tragen,

Und haben einen Karzer für uns allein,

Wo ein eig'ner Bebel uns sperrt ein.

Was die Professoren lehren und sagen,

Damit wir uns niemals weiter plagen,

Wir die Zeit zum Examen kommt,

Dann ochen wir, wo soll dazu frommt.

Minister Hall, du sollst nicht denken,

Daß wir dich mit Protekten kränken;

Ran möge immer den Dühring verjagen,

Wir werden ed' ruhig und fromm ertragen,

Rur schü' uns in unsren Kneiperei'n,

Dann wollen wir gern zufrieden sein.

Wir sind keine sozialistischen Sänder,

Wir sind keine ganz gehorjamen Kinder,

Germania, Arminia,

3— a, 3— a, 3— a.

— Eine geistreiche Retourfische. Das „Leipziger Tageblatt“ — das es übrigens verunmüthlich aus irgend einem Wahrsitteln abgedruckt hat — fühlte sich durch unsere Notiz über die schamlose Kriegserklärung unserer Säbel- und Revolverpresse getroffen, und macht in seiner Verlegenheit uns den Vorwurf, zum Krieg mit Frankreich zu hegen. Es schreibt: „In Munde der Sozialdemokraten klingt jene Beschuldigung einfach lächerlich. Das Centralorgan derselben, der „Vorwärts“, bringt einen Artikel, an dessen Schluß es kurzweg lautet:

mann's Ausführungen wurden beiläufig aufgenommen und knüpfte sich an dieselben eine lebhaftere Debatte, an der sich Padenberger und Dresbach beteiligten. Wird in der Agitation so fortgesetzt, so werden die nächsten Reichstagswahlen einen bedeutenden Fortschritt für unsere Partei konstatieren. — Sonntag, den 10. Juni, hatten wir zu unserer größten Freude die Fortschritte unserer Partei in der Pfalz und speziell in Rundenheim zu beobachten Gelegenheit bei der Abhaltung des Stiftungsfestes des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Es fanden sich zur würdigen Begehung der Feier mehrere Hundert Genossen der Umgebung ein. Genosse Dresbach hielt die Festrede, welche auf die Zuhörer und namentlich die Frauen den stärksten Eindruck machte. Das Fest verlief in der schönsten und würdigsten Weise.

Leipzig, den 20. Juli. (Hundefuhrwerk und Equipage.) Unser Leipziger Lokalorgan, „Fackel“ schreibt: Seit dem 1. Januar d. J. muß in Sachen infolge Ministerial-Beordnung jedes nicht ausschließlich zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerk, einschließlich der Hundefuhrwerke, mit dem Namen und Wohnort des Eigentümers auf der linken Seite an dem Fuhrwerke „in deutlicher unverwischbarer Schrift von mindestens 5 Centimeter Höhe“ sichtbar bezeichnet sein. Wir würden gegen diese Verordnung nicht das geringste einzuwenden haben, wenn nicht dadurch wieder einmal recht deutlich der Beweis geliefert würde, daß die vielgerühmte „Gleichheit vor dem Gesetz“ nichts weiter als leere Phrase ist. Der Zweck der Verordnung ist ohne Zweifel bei Ubertretungen der straßenpolizeilichen Vorschriften, bei zu schnellem Fahren, Tierquälerei u. d. m. den Namen des betreffenden Uebeltäters sofort feststellen und ihn in Strafe nehmen zu können. — Nun ist aber bekannt, daß durch die „zur Personenbeförderung bestimmten Fuhrwerke“, die ausdrücklich von der Verpflichtung, den Namen des Besitzers zu tragen, befreit sind, verhältnismäßig mindestens doppelt so viel Unglücksfälle hervorgerufen werden, als durch die meist nur im Schritt fahrenden Lastwagen oder gar Handwagen und Hundefuhrwerke. Droschkeln sowohl als Pferdebahnen — also auch zur Personenbeförderung bestimmte Fuhrwerke — müssen aber nach Verordnung des Stadtraths eine Nummer tragen; die betreffenden Geschirrführer, welche sich irgend einen Preßstoß gegen die straßenpolizeilichen Vorschriften zu Schulden kommen lassen, können also sehr leicht in der That nur die herrschaftlichen Equipagen, welche in ganz ungerechtfertigter Weise bevorzugt werden. Kommt irgend so eine flotte Herrschaftskutsche in schärfstem Trabe angefahren, ein hilfloses Kind kann nicht schnell genug ausweichen und wird überfahren — was geschieht? Das Publikum, das wohl in allen solchen Fällen gegen den kaiserlichen Partei ergreifen wird, wird von diesem vielleicht noch verhöhnt und ausgelacht, er versteht wohl gar einem der lautesten Schreier einen wohlgezielten Preßstoß und — fort geht die tolle Fahrt weiter, das Publikum hat das Nachsehen. — Man sieht also überall auch in den Gesezen — Vorrechte und immer wieder Vorrechte!

Leipzig, 20. Juli. Der Verein der hiesigen Fortschritts-partei hat gestern Abend in einer nichtöffentlichen Versammlung (anwesend 12—15 Fortschrittlichter) in Sachen Dühring's den weiterschütternden Beschluß gefaßt, die Sache zu vertagen, bis man sich klarer über dieselbe geworden sei. — Das nennt man wirklichen, echten, bedächtigen Fortschritt, der in diesem Falle unfehlbar zu Fall, im Allgemeinen zur Reaktion fährt.

Chemnitz, 17. Juli. Sonntag den 15. Juli Vormittags fand hier im Saale der „Linde“ eine von den hiesigen Gewerkschaften einberufene Volksversammlung statt, in welcher Most referierte. Als Tagesordnung war aufgestellt: 1) Kapital und Arbeit, 2) Die industrielle Buchdruckerei. Der äußerst lehrreiche Vortrag Most's wurde von den zahlreich erschienenen Arbeitern, unter die sich auch einige Bourgeois gemischt hatten, mit großem Beifall aufgenommen. Sofort nach beendeter Versammlung reiste Most ab, um am Nachmittag eine zweite Versammlung in Frankenberg abzuhalten. Am nächsten Tag (Montag) hat Most in Wittweida gesprochen. — Ueberhaupt mögen sich unsere Gegner gefaßt sein lassen, daß ihre Freunde über die bevorstehende (1. August) Enttarnung Bahlreich's eine verfrühte ist — denn um Bahlreich's Kraft zu erlösen, sind zehn Andere bereit, in seine Fußstapfen zu treten.

Hainichen. Am 30. Juni erstattete hierorts Herr Akademiedirektor O. Kleinich aus Dresden in einer öffentlichen Volksversammlung Bericht über den Gothaer Sozialisten-Congress, welchem Herr Kleinich als Delegierter für den 9. sächsischen Wahlkreis beizuhören. Diese Gelegenheit benutzend hatten wir noch einen zweiten Gegenstand auf die Tagesordnung für obengenannte Versammlung gesetzt und zwar „Die alte und neue Weltanschauung“. Leider war diese Versammlung nicht so stark besucht als wir gehofft hatten. Herr Kleinich erledigte sich seiner Aufgabe in einem ca. 2 1/2 stündigen Vortrage aufs Beste. Nach Beendigung des Referates wurde zur Entgegnung aufgefordert, aber Niemand meldete sich zum Wort. Ueber den Vortrag zum zweiten Punkt der Tagesordnung sei nur soviel erwähnt, daß der Redner ein hier noch nie dagewesenes Thema behandelte, was auch zur Folge hatte, daß die Anwesenden demselben die größte Aufmerksamkeit schenkten. Herr Kleinich versteht es vortrefflich, die alte sowie die neue Weltanschauung in sittlich-moralischer sowie in religiöser Beziehung zu behandeln. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner am Schlusse seines Vortrags. Hierbei können wir nicht unterlassen, auch einiges über unsere Thätigkeit in agitatorischer Beziehung zu berichten. Zunächst sei bemerkt, daß wir unsere Thätigkeit nur insoweit entfalten konnten, als es die Verbreitung der Parteipresse galt. Seit 13. Mai sind wir unausgesetzt Sonntags auf den umliegenden Ortschaften in dieser Beziehung thätig gewesen und nicht ohne Erfolg. Auf einigen Ortschaften fanden wir bereits den „Vorwärts“ vor, was uns um so mehr Freude machte. Wir werden, so lange es die Witterung gestattet, unablässig bemüht sein, unserer Parteipresse auf dem Lande Eingang zu verschaffen. Mittlerweile werden wir auch nicht vergessen, in der Stadt thätig zu sein. So ist es durch die Bemühungen unseres Genossen A. Auerbach gelungen, am 1. Juli 5 neue Abonnements auf den „Vorwärts“ hier unterzubringen, möchten alle Parteigenossen in dieser Weise thätig sein. Das Agitations-Comité für Hainichen.

NB. Allen Parteigenossen, welche durch Hainichen reisen empfehlen wir unser Vereinslokal: „Wederinnungshaus“ zur geneigten Berücksichtigung, daselbst liegen die Parteiblätter aus.

Obige. Das Obige. Hier steht es mit unserer Partei noch immer sehr traurig; kaum sind es 12 Mann, die geneigt sind, regelmäßige Beiträge zu entrichten. Bedenkt man, daß vor einigen Jahren eine Gewerkschaft, eine Mitgliedschaft und eine Buchdruckerei bestanden haben, so muß es eigentümlich hergegangen sein, wenn wir Obiges zu sagen gezwungen sind. Wir wollen, um den Raum dieses Blattes nicht unnötigerweise zu beanspruchen, uns kurz fassen. Alle an dieser Bewegung beteiligten gewesenen Personen folgten nur dem ungestümen Rufen der Werbetrömmel. Sie liefen blind und unbedacht hinterher, und

der Tambour vermochte nicht durch bessere Klänge zu ermuntern und dieser Truppe beizubringen, um was es sich eigentlich handelte. Nur daraus ist es, abgesehen von anderen Ungeschicklichkeiten, erklärbar, daß einige bürokratische Gewaltstreich dieser zwar sehr mangelhaften, den Gegnern aber doch unangenehmen Bewegung den vollständigen Garaus bereiten konnten. Dies über die Vergangenheit, und nun zu der Gegenwart. Die gegenwärtige Krise macht sich auch bei uns geltend. In der großen Baumwollspinnerei wird die Woche über nur vier Tage gearbeitet. Dieselbe hat sich in jüngster Zeit massenhaft mit billigem Rohmaterial versehen, aber wegen Abjaßlosigkeit ein ungeheures Garnlager erhalten. Wie man sagt, könnte die Fabrik wohl verkaufen, aber sie will nicht. Die Löhne in dieser Fabrik sind sehr gering. Kurz vor Eintritt der heißen Geschäftszeit wurde in dieser Fabrik bis Abends 10 Uhr gearbeitet. Eine Mahnung also für alle Arbeiter, darnach zu trachten, daß die Arbeitszeit eine geringere werde. Die übrigen Fabriken arbeiten volle Zeit, aber die „Herrn“ lassen's die Arbeiter gehörig verspüren.

Die Maurer, Zimmerer und Erdbauer sind am Schlechtesten gestellt. Der neue Bahnhofsbau und die Anlegung eines mächtigen Hüttenwerks zog viele Arbeiter vom Ausland heran, wodurch die Löhne herabgedrückt und die Arbeitslosigkeit gesteigert wurde. Ein Wiktopf machte sich nun vor einigen Wochen den Späß, denn etwas anderes ist es doch wahrlich nicht, zwei Drohbriefe an den Magistrat zu schreiben, in denen er verlangt haben soll, daß die ausländischen Arbeiter ausgewiesen werden sollen, widrigenfalls Brand und Aufruhr entstehen würde. Unser „Hofer Anzeiger“ hatte gleich heraus gefunden, daß der Briefschreiber zu den Subjekten gehöre, die wenig arbeiten, aber viel verdienen wollen. Aber lieber „Anzeiger“, kann sich den Späß nicht auch ein Soldat erlauben haben, der gar nichts thut und doch reich wird? Das Geldschmuck sagte die Sache keineswegs so leicht auf; Militär, Veteranen, Feuerwehr, alles was aufgeboten, um eventuell zu Felde zu ziehen. Man sieht daraus, wie sich die Arbeiterbewegung in solchen Strohgeschädeln abspiegelt. Ja die Furcht macht verrückt.

Und nun noch ein Wort an die Genossen. Wir müssen uns unbedingt fest unter einander organisieren und unseren Pflichten der Partei gegenüber nachkommen, dann kann die Partei auch uns gerecht werden. Vor Allem ist ein bestimmtes Wirthehalten zu beschaffen und der Wirth zu veranlassen, den „Vorwärts“ zu halten, dann wird die Zeit kommen, daß auch wir den übrigen Arbeitern Deutschlands nicht nachstehen.

Schmöln b. Altenburg. Montag den 9. d. M. beriefen wir eine Volksversammlung ein mit der Tagesordnung: „Unsere Schulen und die wahre Volksbildung“, über welches Thema Klute aus Erfurt sprach. Die Versammlung war recht zahlreich besucht und spendete dem anderthalbstündigen Vortrage Klute's den ungetheiltesten Beifall, ohne daß sich ein Gegner zu melden gewagt hätte. — Nach Klute erhob sich der Landtagsabgeordnete Schellenberg und kritisierte das Verhalten des Städtischen Vereins hinsichtlich der Errichtung des Fröbel'schen Kindergartens, welcher nur für die Kinder der Wohlhabenden errichtet sei. Auch Herr Schellenberg erfreute sich der Zustimmung der Versammlung, in deren Namen ich hier noch den Wunsch aussprechen will, daß uns Herr Klute bald wieder besuchen möge.

Zeitz, 16. Juli. Mittwoch den 11. d. M. hatten wir im Bach'schen Gasthof „zur Au“ eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Kapital und Arbeit“ berufen. Als Referent war Herr Klute aus Erfurt anwesend. Der Redner verstand es, in zweistündiger sachlich gehaltener Rede die Begriffe Kapital und Arbeit klarzulegen und die von der liberalen Partei gegen die Sozialdemokratie geäußerten verlogenen und widersinnigen Phrasen gänzlich zu widerlegen. Gegner waren erschienen, aber keiner wagte ein Wort gegen den Vortrag zu verlieren. Am Schlusse der Rede wurde Herr Klute reichlicher Beifall zu Theil. — Die gut besuchte Versammlung wurde vom Vorsitzenden geschlossen mit der Aufforderung, für die Verbreitung unserer Prinzipien einzutreten.

Kiel, 18. Juli. Es wird von unseren Gegnern in die Welt hinausposaunt, daß der Sozialismus in Schleswig-Holstein einen Rückschritt gemacht hat, und als Beweis wird die letzte Reichstagswahl angeführt, wo die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein sowohl an Stimmzahl wie auch an Reichstagsabgeordneten verloren habe. Wir gönnen den Gegnern diesen Trost, aber die Sachlage wird wieder anders werden. Die am 13. Juli in Gaarden und am 14. in Kiel abgehaltenen Volksversammlungen haben gezeigt, daß der Sozialismus an Kraft und Stärke wieder gewonnen hat. In beiden Versammlungen referierte Walther aus Altona über die hier in Kiel am 1. Oktober neu erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Redner äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Seit und während der Wahl ward der Wunsch laut, hauptsächlich im 7. und 5. Wahlkreis, eine Zeitung für Schleswig-Holstein zu gründen, um den Gegnern durch die Presse entgegenzutreten und die Verleumdungen und Entstellungen zurückzuweisen. Wir haben 1877 bei der Wahl eine Schluppe hier im Norden erlitten, darum ist es notwendig, daß wir eine Zeitung für die ganze Provinz gründen, die unsere Tendenzen vertritt, was auch am 24. Juni in der Conferenz zu Neumünster beschlossen wurde. Wir haben es eingesehen, daß wir nur durch die Presse, weil unsere früheren Vereine und Organisationen durch Anklagen der Staatsanwaltschaft und richterliche Erkenntnisse aufgehoben sind, die Idee des Sozialismus verbreiten können. Der „Vorwärts“, das Centralorgan der Partei, hat eine andere, größere Bedeutung, wie eine Lokalzeitung, die den Kampf gegen die Gegner auch im Kleinen zu führen hat. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wird ihre Aufgabe, die sie sich gestellt hat, gewiß in vollem Maße erfüllen. Was Zeitungen bedeuten, sehen wir z. B. am „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ mit 15,000 Abonnenten; die „Wahrheit“ in Breslau hat 9000, die „Berliner Freie Presse“ über 9000 Abonnenten. Die Siege bei der letzten Reichstagswahl in Berlin sind größtentheils der „Freien Presse“ zuzuschreiben. Das sind schlagende Beweise, was eine Zeitung zu bedeuten hat. — Zur Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ sind in Jpehoe, Heide und Umgegend bereits über 6000 Reichsmark gezeichnet. Für Kiel und Umgegend wird es eine Ehrenpflicht sein, ein noch besseres Resultat aufzuweisen. Wir sind wieder die Ersten von allen Parteien, die frei auf dem Kampfplatz erscheinen; wir werden das Verlorene wieder zu erkämpfen wissen und später größere Siege und Resultate verzeichnen können, weil die Wahrheit und das Recht unsere Bundesgenossen sind. Ein Expeditionslokal und eine Druckerei sind schon für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ zum 1. Oktober beschafft und contractlich abgeschlossen. — Alle diese Mittheilungen Walther's wurden seitens der Versammelten mit Freude aufgenommen, und es ist das Unternehmen nunmehr so gut wie gesichert.

Hamburg. (Allgemeiner deutscher Töpferverein.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Generalversammlung für dieses Jahr ausfällt, da keine besonderen Anträge zur Verbesserung der Organisation vorliegen; ferner ist die Beitragserhöhung von 5 Pfennig vom 1. Juli ab nicht mehr zu bezahlen. Der Beitrag beträgt vom 1. Juli ab also nur 20 Pfennig monatlich. Aus allen Städten Deutschlands kommen Klagen, daß der Lohn, resp. die Accordpreise reduziert werden, dem gegenüber giebt es kein Mittel, als sich zu vereinigen, um gemeinsam die Mittel und Wege zu berathen, wie unsere Lage am besten zu verbessern sei, schließt Euch also dem Verein an, der bereits 5 Jahre besteht — es ist zu Eurem Besten. Verder wird durch die Reduktion der Löhne, resp. der Accordpreise der Geselle gezwungen, die Arbeit billig und schlecht zu machen, demnach muß unser Geschäft in Verfall kommen, wenn wir uns nicht bei Zeiten vereinigen, um die Arbeitspreise hoch zu halten. Merkwürdiger Weise gefällt den Meistern die Organisation des Allgemeinen deutschen Töpfervereins nicht, und haben dieselben eine sogenannte Innung der Töpfer gegründet, in der Meister und Gesellen gemeinsam berathen sollen, wie den Meistern und Gesellen am Besten geholfen werden kann. Die Meister hoffen, sich durch die Innung sülamere Gesellen zu erzielen, aber sie dürften mit diesem Vorhaben sehr wenig Glück haben, denn die Mehrzahl der Gesellen hat schon begriffen, daß sie auch Ansprüche auf ein menschenwürdiges Dasein haben. Wir wären vielleicht schon etwas von den sogenannten Verbesserungen seitens der Innung genahr geworden, wenn nicht die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Töpfervereins so fest zusammenhielten, und diejenigen Kollegen, welche sich einmal in die Innung verirrt, von der Zwecklosigkeit derselben überzeugt, wieder zu uns zurückkehrten — jetzt überzeugt, daß nur durch unsere Organisation etwas für uns zu erreichen sei. — Deshalb Kollegen aller Orten, schließt Euch unserm Verein an, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Ehre und die materiellen Interessen der Töpfer zu wahren.

Mit collegialischem Gruß
Der Vorstand.
Nähere Auskunft in Vereinsangelegenheiten ertheilt A. Barbi, Hamburg, St. Pauli, Marktstraße 5, Haus 2, Parterre links.
NB. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden ersucht, obigen Aufruf zu verbreiten.

Berichtigung.
In Nr. 82 des „Vorwärts“ befindet sich eine Correspondenz aus Raumburg über die Gerichtsverhandlung vom 16. Juni d. J., worin zwar die Anklage richtig reproduziert, aber gar nichts erwähnt wurde, daß ich ausdrücklich erklärt habe, daß es mir der gesunde Menschenverstand verboten hätte, das mir zur Last gelegte zu sagen; indirect hat der erste und zweite Richter meiner Aussage Glaubwürdigkeit beigegeben. Ich berichtige ferner, daß Herr Rechtsanwalt Werner ausdrücklich erklärt, mich nicht mit Wärme vertheidigen zu können, indem er ein absoluter Gegner der Sozialdemokratie sei; legieres erklärte derselbe auch im Termin. Daher kann von einem „großen Aufwand“ advocatorischer Beredsamkeit keine Rede sein. Gesinnungsgenossen, welche in die Lage kommen, in Raumburg advocatorischen Beistand zu nehmen, kann ich den Herrn Rechtsanwalt Werner nicht empfehlen.
Klute.

Briefkasten
der Redaktion. R. F. in L.: Die „Leipziger Volkszeitung“ verbreitet, wie Sie bemerken, daß die in unserem Artikel: Eugen, der unehle Ritter erwähnte Correspondenz von Eugen Richter herrühre. Wir haben in die „Leipziger Volkszeitung“ geblickt und gefunden, daß das merkwürdige Blatt sagt: „Die betr. Correspondenz ist zufällig gar nicht von Herrn Eugen Richter geschrieben.“ Das „zufällig“ ist so bedeutungsvoll, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ uns erlauben möge, an der Richtigkeit ihrer Angabe zu zweifeln — nach obigen Sage nämlich werden von ihr sämtliche Artikel und Correspondenzen der Richter'schen Fortschritts-correspondenz entnommen, diese Verfassende war nur „zufällig“ aus einem anderen Blatte abgedruckt — wahrscheinlich hat sie dies andere Blatt der Richter'schen Correspondenz entnommen und die „Leipziger Volkszeitung“ dem anderen Blatte — und so hat sie „zufällig“ Richter doch geschrieben — A. B. in Kiel: Den Bericht über das Fest der Metallarbeitergenossenschaft haben wir an die Redaktion des „Panier“ gefaßt. — G. Peterlin in Hamburg: Wir wissen nicht, wo sich die Gräfin H. aufhält. Auskunft wird gewiß die Bräuer'sche Partei geben können.
Quittung. Von Metallarbeitergenossenschaft hier Am. 1.70. Kl. hier Schr. 0.50. Rdrgr Halle Ab. 2.40. Wrschl Gotha Ab. 10.00. Ehrstn St. Jmmer Ab. 4.80. G. Berl R. Schönberg Ab. 19.74. Hebb Würzburg Ab. 20.00. Schls Neuschönfeld Schr. 2.00. Sidlr Oberhausen Ab. 4.15. Engl Reudny Ab. 70.00. Bll hier Ab. 2.45. Lgs Hannover Ab. 0.60. Kl. Magdeburg Schr. 12.00. Strf Kiel Ab. 4.10.

Fonds für Gemafregelte.
Som Arb.-Bild.-Ver. d. Wt hier 27.50. Sdfr Oberhausen 0.85.

Anzeigen x.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonntag, den 28. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Mittelstr. 11:
Tagesordnung: Fortsetzung der Vorträge über die zehn Gebote von H. Richter. (S. 163) Der Vorstand. [60]

Harburg. „Zivoli“:
Sonntag, den 29. Juli, in Dittmer's
Großes Volksfest.
Sämmtliche Gewerkschaften sowie die Arbeiter Harburgs und der Umgegend werden hierzu eingeladen. [2.40]
Nachmittags 3 Uhr von Geißler ab Festzug durch die Stadt. [4.80]

Achtung! Achtung!
Kiel. Altona.
Lufttour der Kieler Bejinnungsge-
nossen nach Altona
am Sonntag, den 29. Juli. Concert und Ball auf dem Schützenhofe Altonas. Entree für Herren 40 Pfg. wofür freies Concert und Ball. Damen frei.
Der Reinertrag ist für die Altonaer Wahlschulden bestimmt und werden deshalb alle Freunde Altonas und Umgegend ersucht, zahlreich zu erscheinen. [4.80]
Anfang Nachmittags 4 Uhr. Das Kieler Frei-Comité.

Vom Protokoll
des zu Gotha stattgehabten
Sozialisten-Congresses
ist noch eine kleine Partie vorräthig. Preis 25 Pfg., bei Bezug vom mindestens 5 Exemplaren 20 Pfg. Verendung nur gegen baar oder Nachnahme unter Beifügung von 10 Pf. Porto für je 5 Exemplare. Bestellungen sind zu machen bei C. Deroff, Hamburg, Pferdemarkt 37 III.

Verantwortlicher Redacteur: R. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Hübnerstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der „Wissenschaftlichen Buchdruckerei“ in Leipzig.

Hierzu die „Wissenschaftliche Beilage“ Nr. 1 u. 2.